

FREIBERUFLER-TICKER vom 29. Januar 2021

1. EWSA: Interessengruppe Freie Berufe eingerichtet

Das Präsidium des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) stimmte auf seiner Sitzung am 26. Januar 2021 der Einrichtung einer Interessengruppe der Freien Berufe zu. Durch die Einrichtung der Interessengruppe wird zusätzliche Aufmerksamkeit für die Herausforderungen der Freien Berufe im EWSA und auf europäischer Ebene geschaffen. Insgesamt haben sich [zehn EWSA-Mitglieder](#) aus neun Staaten in der Interessengruppe zusammengeschlossen. Martin Böhme, der gegenwärtig die Interessen des BFB im EWSA vertritt, ist ebenfalls Mitglied dieser Interessengruppe. Inhaltlich wird diese nicht zuletzt die Erarbeitung einer Initiativstellungnahme mit dem Titel „Freie Berufe 4.0“ zur Situation und Leistungsfähigkeit der Freien Berufe in der Europäischen Union begleiten, die voraussichtlich im Frühjahr 2021 veröffentlicht werden soll.

2. Jahreswirtschaftsbericht

Das Bundeskabinett beschloss am 27. Januar 2021 den Jahreswirtschaftsbericht 2021 mit dem Titel [„Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken“](#). Die Bundesregierung erwartet für 2021 einen Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um drei Prozent. Zudem wird prognostiziert, dass die Arbeitslosenquote 2021 stabil bei 5,8 Prozent bleibt und die Zahl der registrierten Arbeitslosen voraussichtlich leicht um 76.000 Personen zurückgehen wird. Des Weiteren soll der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus in diesem Jahr mit 1,5 Prozent wieder deutlich höher ausfallen als 2020. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist 2020 auf rund 70 Prozent des BIP gewachsen, die Prognose für 2021 geht davon aus, dass die Schuldenquote nochmals auf 72,5 Prozent des BIP steigen wird. Die Bundesregierung startete 2020 ein umfangreiches Konjunkturprogramm, das in der Summe der Haushaltsansätze für 2020 und 2021 ein Gesamtvolumen von rund 180 Milliarden Euro aufweist, darunter rund 40 Milliarden Euro in 2021 für die Corona-Unternehmenshilfen.

3. Arbeitsmarkt hält Lockdown stand

Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das am 27. Januar 2021 [veröffentlicht](#) wurde, ist in diesem Monat um 0,4 Punkte auf 100,2 Punkte gefallen. Das ist der erste deutlichere Rückgang seit dem ersten Lockdown. Dennoch verbleibt der Frühindikator im leicht positiven Bereich. Die Arbeitsagenturen erwarten, dass der Arbeitsmarkt insgesamt auch einem verlängerten Lockdown standhalten kann, so die Forscher. Die Corona-Eindämmungsmaßnahmen seit November 2020 führen nach deren Analyse zu deutlich geringeren wirtschaftlichen Einbrüchen als im Frühjahr 2020.

4. Kreditnachfrage der Unternehmen sinkt deutlich, Banken werden restriktiver

Das Interesse an Bankfinanzierungen brach laut einer [Mitteilung](#) der KfW vom 28. Januar 2021 im 4. Quartal 2020 geradezu ein. Der Anteil der Mittelständler, der Kreditverhandlungen mit Banken führte, reduzierte sich um rund acht Prozentpunkte auf 22,1 Prozent. Bei den Großunternehmen war der Rückgang mit fast elf Prozentpunkten noch ausgeprägter. In dieser Größenklasse suchten zuletzt noch 28,7 Prozent den Weg zu ihrer Bank. Das sind die jeweils niedrigsten beobachteten Werte seit Beginn der Befragungen in 2017. Für diejenigen Unternehmen, die zurzeit Kreditfinanzierungen anstreben, nehmen die Schwierigkeiten zu. Die KfW-ifo-Kredithürde für den Mittelstand steigt im vierten Quartal geringfügig um 0,4 Prozentpunkte, aber zum sechsten Mal in Folge auf jetzt 22,1 Prozent. Besonders restriktiv

verhalten sich die Banken bei Kreditanfragen mittelständischer Dienstleister (29,5 Prozent), während die Firmen des Verarbeitenden Gewerbes Entspannung (16 Prozent) vermelden.

5. Datenstrategie der Bundesregierung

Am 27. Januar 2021 beschloss das Bundeskabinett die [Datenstrategie](#) der Bundesregierung. Grundlage der jetzt zusammengestellten über 240 Maßnahmen war eine Onlinebefragung der Bundesregierung mit mehr als 1.200 Teilnehmern. Mithilfe der Maßnahmen sollen insbesondere die europäischen Werte, die gemeinsamen Vorstellungen von Datenschutz und Souveränität im Zeitalter von globalem Datenverkehr und Vernetzung, durchgesetzt werden und Rahmenbedingungen dafür gesetzt werden, dass mehr Daten verantwortungsvoll und nachhaltig genutzt und geteilt werden können und zugleich missbräuchliche Datennutzung verhindert wird. Dazu will die Bundesregierung mehr Rechtssicherheit schaffen, innovative Datenräume anstoßen und – zum Beispiel durch Datentreuhänder – neue Kooperationsformen ermöglichen.

6. Start der Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am [27. Januar 2021](#) mitteilte, startete Anfang 2021 die Initiative „Schule macht stark“. Diese zielt auf Verbesserung der Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülern und richtet sich an alle Schularten und Jahrgangsstufen im Primarbereich und in der Sekundarstufe I, es werden 200 Schulen unterstützt. Dafür stellen das BMBF und die Bundesländer zu gleichen Teilen insgesamt 125 Millionen Euro zur Verfügung. Das Programm ist auf zehn Jahre angelegt und in zwei Phasen zu je fünf Jahren gegliedert. In der ersten Phase unterstützt ein durch das BMBF finanzierter Forschungsverbund mit praxisnaher Forschung die Schulen dabei, ihre besonderen Herausforderungen zu meistern. In dieser Phase ab dem Schuljahr 2021/2022 werden Wissenschaftler gemeinsam mit den Schulen daran arbeiten, Bedarfe in der Schul- und Unterrichtsentwicklung zu identifizieren, vorhandene Potenziale zu erkennen und neue Strategien und Konzepte zu entwickeln. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Vernetzung der Schulen mit anderen Bildungs- und sozialen Angeboten im Schulumfeld sowie untereinander. Die zweite Phase dient dem Transfer der entwickelten Strategien und Konzepte an andere Schulen, sodass neben den 200 Schulen der ersten Phase möglichst viele weitere von der Initiative profitieren können.

7. Bund-Länder-Vereinbarung zur Ausleihe von Laptops an Lehrkräfte unterschrieben

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung mitteilte, unterschrieb Anja Karliczek MdB (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, am [27. Januar 2021](#) die Bund-Länder-Vereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“. Damit wird das Engagement des Bundes zur Digitalisierung der Schulen ausgeweitet. Zuvor hatten die Länder die entsprechende Zusatzvereinbarung im DigitalPakt Schule unterschrieben. Mit der Unterschrift des Bundes unter die dritte Zusatzvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“ zum DigitalPakt Schule können die Schulen auch digitale Endgeräte an Lehrer ausleihen. Die Mittel in Höhe von 500 Millionen Euro dafür stehen bereit. Zudem einigten sich Bund und Länder in der Vereinbarung auf einen frühzeitigen Maßnahmenbeginn. Bereits seit dem 3. Juni 2020 können die Bundesländer entsprechende Endgeräte anschaffen, die Kosten können aus den Bundesmitteln im Rahmen des DigitalPakts Schule übernommen werden.

8. Überqualifikation im EU-Vergleich

Beschäftigte ausländische Staatsbürger sind häufiger als Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) insgesamt für ihre Arbeit überqualifiziert: Die Überqualifikationsrate in der EU betrug 2019 für Nicht-EU-Bürger 44 Prozent, 33 Prozent für Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten und 21 Prozent für Staatsangehörige. Das geht aus einer [Meldung](#) des statistischen Amtes der EU vom 26. Januar 2021 hervor. Werte für Deutschland werden in einer [Grafik](#) abgebildet, aber nicht näher beziffert.